

# KHF

## Konferenz Hessischer Fachhochschulpräsidien

KHF c/o Fachhochschule Frankfurt am Main,  
Nibelungenplatz 1, 60318 Frankfurt am Main

Offener Brief an die Abgeordneten  
des Deutschen Bundestages sowie  
den hessischen Minister für Wissenschaft  
und Kunst, Herrn Udo Corts

Der Vorsitzende

Telefon 069 / 1533-2415  
Telefax 069 / 1533 - 2401

E-Mail: [praesident@fh-frankfurt.de](mailto:praesident@fh-frankfurt.de)

Az.: 601 WR/hx

Datum 11.04.2006

<b>Sekretariat</b> Rechtsausschuss			
Eing. 26. April 2006			
Az.: 580			
Bl	RL'n	Ref	Ref
<i>W</i>	<i>U</i>		<i>g</i>

### Föderalismusreform

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Konferenz Hessischer Fachhochschulpräsidien (KHF) – der Zusammenschluss der hessischen Fachhochschulen – wendet sich an Sie, um Ihnen ihre Sorgen über die zukünftige Entwicklung der Wissenschaft und der Hochschulen angesichts der geplanten Föderalismusreform mitzuteilen und um Sie zu bitten, bei der nun im Rahmen des beginnenden Gesetzgebungsverfahrens anstehenden Diskussion die Belange von Hochschulen und Wissenschaft zu unterstützen.

Wir halten die vorgesehene „Entflechtung“ der Gesetzgebung zwischen Bund und Ländern grundsätzlich für sinnvoll. Allerdings erscheint uns der im bisherigen Entwurf vorgesehene „Preis“ dafür viel zu hoch.

Die **Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau** sollte unserer Meinung nach weiter bestehen bleiben. Es ist – auf jeden Fall mittelfristig – zu befürchten, dass ansonsten in den Ländern insgesamt noch weniger Geld für den Hochschulbau zur Verfügung gestellt wird, obwohl hier schon in den letzten Jahren nicht ausreichend Mittel verfügbar waren.

Ein dringend benötigtes neues **Zukunftsprogramm** zur Unterstützung der Hochschulen bei der Bewältigung der auf sie zukommenden höheren Studierendenzahlen – die die Republik ja unbedingt benötigt – wäre zukünftig nicht mehr zulässig. Gesetzliche Regelungen, die ein von allen Seiten als sinnvoll und notwendig erachtetes Programm ausschließen, können nicht unvernünftig sein. In keinem föderalen Staat gibt es ein Verbot zentraler Programme.

Die für die Etablierung des **Qualitätsgedankens** an deutschen Hochschulen und für die Implementierung der konsekutiven Bachelor- und Master-Abschlüsse so hilfreiche Unterstützung durch bundesweite HRK-Programme würde es zukünftig nicht mehr geben, wenn die jetzt diskutierten Regelungen verabschiedet werden.

Die Abweichungsmöglichkeit der Länder von bundeseinheitlichen Vorgaben bei Hochschulzugang und Hochschulabschlüssen lässt einen Rückfall in die Kleinstaaterei befürchten. Dabei legt der in Bologna verabredete europäische Hochschulraum gerade das Gegenteil nahe. Es ist zu befürchten, dass zukünftig ein Hochschulwechsel ins europäische Ausland reibungsloser möglich ist als der zwischen deutschen Bundesländern.

Und schließlich ist auf der Basis der jetzt verabredeten Regelungen zukünftig eine starke Vertretung der Interessen der Wissenschaft und der deutschen Hochschulen in Brüssel praktisch ausgeschlossen. Wie soll Deutschland auf diese Weise seinen Beitrag bei der dringend notwendigen Stärkung der europäischen Wissenschafts- und Hochschullandschaft leisten?

Wir bitten Sie dringend, bei der parlamentarischen Beratung der geplanten Föderalismusreform die obigen Argumente zu berücksichtigen und entsprechende Änderungen vorzunehmen, um Schaden vom deutschen Hochschul- und Wissenschaftssystem abzuwenden.

Mit freundlichen Grüßen



(Prof. Dr. Wolf Rieck)